

Zeitung vom Lëtzebuenger Vollek


[Leitartikel](#)
[Nationale Politik](#)
[Internationale Politik](#)
[Aus den Betrieben](#)
[Kultur](#)
[Inland](#)

INTERNATIONALE POLITIK

»Sondersituation« vor Somalia

Anti-Piraten-Operation »Atalanta« kriecht an Land / Regierung will Zertifikate für Söldner ausgeben



Die deutsche Bundesregierung hat am Mittwoch die Ausweitung des Bundeswehr-Mandats für den Kampf gegen somalische Piraten auf den Weg gebracht. Künftig soll das Militär Ausrüstungen von somalischen Seeräubern bis zu 2.000 Meter ins Landesinnere hinein zerstören können, beschloß das Bundeskabinett. Ein Bodeneinsatz von Soldaten soll – bis auf Ausnahmen – tabu bleiben.

Das erweiterte Einsatzgebiet umfaßt die somalischen Küstengebiete und die inneren Gewässer. Eingeschlossen sind Puntland und Somaliland. Somalias Küste ist rund 2.720 Kilometer lang. Das heißt, das Aktionsgebiet der Operation »Atalanta« erweitert sich um mindestens 5.440 Quadratkilometer.

Das Gebiet ist nur wenig größer als die afghanische Provinz Kabul. Und abgesehen von den Städten Berbera, Bossasso, Mogadischu und Kismayo ist es nur dünn besiedelt. Doch es bietet kaum weniger internationalen Zündstoff. Vieles ist noch nicht oder nur im Geheimen geregelt. In die Ausweitung des Einsatzgebietes sind beispielsweise sogenannte innere Gewässer einbezogen. Näheres dazu hat die EU als vertraulich eingestuft.

»Deutsche Einsatzkräfte dürfen bis zu einer Tiefe von maximal 2.000 Metern gegen logistische Einrichtungen der Piraten am Strand vorgehen«, liest man im neuen Mandatstext. Dazu wird die Marine vor allem die auf den Kriegsschiffen stationierten Helikopter nutzen. Der aktuell zum Piratenkampf abgeordnete Einsatzgruppenversorger »Berlin« hat zwei

Zeitung vom Lëtzebuenger Vollek

Boîte postale 403
L-4005 Esch-sur-Alzette

Die Redaktionsräume

3, rue Zénon Bernard
L-4030 Esch-sur-Alzette

Tel. : 446066 - 1

Fax. : 446066 - 66

Email : info@zlv.lu

Ansprechpartner Archiv

Kontakt

Name : *

Vorname :

Straße :

PLZ / Ort :

E-mail : *

(*) *Pflichteingaben*

mittlere »Seakings« an Bord.

Doch so einfach, wie es klingt, ist es nicht. Die Militärs, die die Mandatserweiterung für sinnvoll, weil effektiver als das Patrouillefahren auf hoher See halten, mosern ob der präzisen Angabe der Eingreiftiefe. Die Piraten müßten ihre kleinen Boote nur 2.100 Meter ins Landesinnere ziehen, schon sind sie sicher. Oder sie versammeln ihre Familien und Nachbarn rings um die bestehenden Stützpunkte am Strand. Trotz bester Aufklärung – die mit den vorhandenen »Atalanta«-Kräften keineswegs zu leisten ist – wären sogenannte Kollateralschäden nicht auszuschließen. Zumal die Zivilbevölkerung nicht extra über die Modifikation von »Atalanta« informiert wird. Das überläßt die EU – laut Bundesregierung – somalischen Medien.

Der Bundestag wird vermutlich am 11. Mai über das neue Mandat entscheiden. Es wird mit schwarz-gelber Mehrheit gerechnet. Die Opposition lehnt die geplante Ausweitung des Bundeswehreinsetzes geschlossen ab. Neben der Linkspartei, die von Anfang an gegen den Auslandseinsatz stritt, wollen erstmals auch SPD und Grüne dem neuen Mandat nicht zustimmen.

Im Schatten von »Atalanta« wächst ein zweites Problem heran. Die Bundesregierung geht erste Schritte zur Legalisierung des Söldnerunwesens. Erarbeitet wird ein Gesetz, das den Einsatz von privaten bewaffneten Sicherheitsfirmen an Bord von zivilen Schiffen ermöglicht, die unter deutscher Flagge fahren.

Derzeit sind das 500. Im vergangenen Jahr wurde das Hochrisikogebiet im Indischen Ozean von 1.243 zivilen Schiffen mit deutscher Flagge am Heck passiert. Die Regierung hält den Einsatz privater Sicherheitskräfte für »eine sinnvolle Ergänzung«. Bislang sei noch kein so bemanntes Schiff entführt worden.

Um nicht – wie bislang – vor allem britische Sicherheitsfirmen zum Zuge kommen zu lassen, will die CDU/CSU/FDP-Regierung eine Neuregelung der Gewerbeordnung zur Zulassung von privaten bewaffneten Sicherheitskräften. Zuständig für die Erteilung soll das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) sein. Das ist konsequent, schließlich regelt das BAFA auch den Export deutscher Waffen. Beteiligt wären das Innen- und das Verkehrsministerium. Hilfreich soll die Bundespolizei sein.

Firmen, die sich auf diesem pekuniär lukrativen Marktplatz tummeln wollen, müßten gewährleisten, daß »nur fachlich geeignete und zuverlässige Personen eingesetzt werden«. Es ergeben sich unter anderem Perspektiven für jene, die die Bundeswehrreform freisetzt. Unter dem Kommando des jeweiligen Kapitäns können sie auf Piraten schießen, sie töten, verwunden oder – wenn möglich – festnehmen. Daß Deutschland so jegliche Bemühungen auf internationaler Ebene unterläuft, die Rolle von Söldnern und militärischen Dienstleistern zu beschränken, sieht die Regierung nicht. Es bestehe »kein Risiko für einen Präzedenzfall«, sagt sie, denn der Einsatz stelle ja »eine Sondersituation dar«.

René Heilig



Freitag 20. April 2012

